

Aufruf an den Ministerpräsidenten Armin Laschet – Schulsozialarbeit verstetigen!

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Laschet,

die Landesarbeitsgemeinschaft Schulsozialarbeit NRW e.V. vertritt die Interessen der rund 3700 Fachkräfte für Schulsozialarbeit in NRW. Rund die Hälfte aller Fachkräfte arbeitet derzeit in ungesicherten weil befristeten Arbeitsverhältnissen. Die rot-grüne Landesregierung hat für die Finanzierung der rund 1000 Stellen bis Ende 2018 jährlich 47 Mill. zur Verfügung gestellt. Eine Verstetigung dieser Stellen lehnte sie mit dem Hinweis auf die Finanzierungsverpflichtungen des Bundes zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe von Kindern und Jugendlichen stets ab.

Nachdem sich die schwarz-rote Bundesregierung vor drei Jahren bereit erklärt hatte, ab 2015 die Finanzierung der Studenten-Unterstützung Bafög vollständig zu übernehmen, formulierten Sie als damalige Oppositionsführer klare Vorstellungen über die Verwendung der frei werdenden Landesmittel von 279 Millionen Euro pro Jahr: „Wir wollen die Schulsozialarbeit mit jährlich 100 Millionen Euro langfristig sichern und finanzieren.“ Nun führen Sie die neue Landesregierung.

Ihren Bericht an den Ausschuss für Schule und Bildung zur Sitzung am 04.10.2017/Tagesordnungspunkt "Zukünftige Finanzierung der Schulsozialarbeit in Nordrhein-Westfalen" eröffnet Ihre Kabinettskollegin und Schulministerin Frau Gebauer mit der Feststellung: „Die Nachfrage nach Angeboten der Schulsozialarbeit ist angesichts der zunehmenden Komplexität von Erziehung und Bildung in einem dynamischen und leistungsorientierten Schulwesen, das auf den Prinzipien soziale Gerechtigkeit, pädagogische Freiheit und staatliche Verantwortung beruht, in den letzten Jahren gestiegen.“ Diese Einschätzung teilen Schulleitungen, Kollegien, Eltern- und Schüler*innenvertretungen, Lehrerverbände, Gewerkschaften, Kooperationspartner der Schulsozialarbeit und nicht zuletzt die engagierten Fachkräfte. Der Bedarf hat sich durch die aktuellen Herausforderungen bei der Begleitung und Betreuung der geflohenen und zugewanderten Kindern, Jugendlichen und junge Erwachsenen sowie dem Aufbau eines inklusiven Schulsystems noch deutlich verstärkt.

Dennoch meldet Ihr Sozialminister Karl-Josef Laumann nun, dass die befristeten Stellen zwar bis 2021 weiter finanziert aber wieder nicht entfristet werden. Es bleibt also alles beim Alten:

- Keine dauerhafte Planungssicherheit für und in den Schulen
- Keine berufliche und private Planungssicherheit für die betroffenen Fachkräfte
- Abwanderung qualifizierter und engagierter Fachkräfte in unbefristete Stellen der Sozialarbeit

Deshalb rufen wir Sie auf:

Machen Sie die Finanzierung der Schulsozialarbeit in den Haushaltverhandlungen zur Chefsache!

- Setzen Sie Ihre eigene Forderung um und investieren Sie jetzt 100 Mill. Euro in die Schulsozialarbeit
- Entfristen und verstetigen Sie jetzt alle Stellen und geben Sie damit allen Beteiligten Sicherheit.
- Setzen und finanzieren Sie gleichzeitig Qualitätsstandard: Eine Fachkraft für maximal eine Schule, an großen Schulen mindestens ein Tandem, Endausbau eine Fachkraft pro 150 SuS

Wolfgang Foltin